

Gemeinderat Ing. Roland Lohr  
**Dringlicher Antrag**

An den  
Gemeinderat der  
Landeshauptstadt Graz

Graz, am 13.04.2016

Betreff: Sicherheit in Graz - keine Parallelstruktur  
**Dringlicher Antrag**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

In der Fragestunde der Novembersitzung des Gemeinderates richtete der Freiheitliche Klubobmann an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, eine Anfrage zum Thema „Sicherheit im Rathaus“. In der Beantwortung stellten Sie fest, dass das Thema Sicherheit seit der Amokfahrt und seit den Anschlägen in Paris in den Köpfen aller Grazer präsent sei, und dass dieses Themenfeld in unserer Stadt noch einen viel größeren Stellenwert bekommen müsse. Sie betonten dabei auch, dass nicht nur das Rathaus, sondern alle öffentlichen Einrichtungen, die gesamte Infrastruktur sowie der öffentliche Raum miteinbezogen werden müssen. Als konkrete Maßnahmen nannten Sie unter anderem eine intensive Kontaktpflege mit dem Stadtpolizeikommando und dem Verfassungsschutz zum Zwecke des Informationsaustausches in beide Richtungen sowie das Vorhandensein von zehn eigens ausgebildeten Sicherheitsansprechpersonen im Rathaus. Abschließend ließen Sie den Gemeinderat wissen, dass Sie sich Gedanken machten, wie die Sicherheitssituation insgesamt – nicht nur im Rathaus und im Amtshaus – verbessert werden kann.

Eine mögliche Folge dieser Überlegungen – entsprechende Umsetzungspläne sind unlängst bekannt geworden - könnte nun die Einrichtung eines sogenannten „Sicherheitskompetenzzentrums“ sein. Beim Dreh- und Angelpunkt dieses Projektes handelt es sich zum Erstaunen vieler um den privaten Verein „Graz: sicher Leben!“. Die Umsetzung soll bereits so weit gediehen sein, dass inzwischen Räumlichkeiten bei der Grazer Berufsfeuerwehr samt Mitarbeiterin zur Verfügung gestellt wurden. Zum Aufgabenbereich zählt unter anderem auch ein sicherheitspolizeilicher Beratungsdienst, der aber ohnehin von der Polizei selbst – in Graz beim Landeskriminalamt Steiermark, Abteilung Kriminalprävention – wahrgenommen wird. Das heißt also konkret, es werden bzw. es wurden Parallelstrukturen auf Kosten des Steuerzahlers errichtet und ein privater Verein mit der Umsetzung beauftragt. Es ist augenscheinlich, dass dabei Überschneidungen mit dem Aufgabenbereich des Sicherheitsmanagements der Stadt Graz geschaffen werden.

Erstaunlich ist dabei vor allem der Umstand, dass der Gemeinderat der Stadt Graz bis dato nicht von diesen Plänen und Entwicklungen in Kenntnis gesetzt wurde.

Obwohl es aus Freiheitlicher Sicht insgesamt zu begrüßen ist, dass der Herr Bürgermeister die unzähligen Initiativen der FPÖ Graz zum Thema Sicherheit auch berücksichtigt, ist doch die Art und Weise der Umsetzung hinterfragenswert. Bei einem Thema dieser Priorität sollte jedenfalls der Gemeinderat als höchstes Organ der Stadt Graz die erste Anlaufstelle sein.

Die Stadt Graz besitzt mit dem in der Magistratsdirektion angesiedelten Referat „Sicherheitsmanagement und Bevölkerungsschutz“ eine kompetente Einrichtung, deren Aufgabenstellungen sämtliche Bereiche der Sicherheit – im Rathaus wie auch in der gesamten Stadt Graz – umfassen. So sind gemäß der Geschäftseinteilung auszugsweise folgende Aufgaben zugewiesen:

- allgemeines Sicherheitsmanagement und Fragen der alltäglichen Gefahrenabwehr
- Ansprech- und Verbindungsstelle für externe Einsatzorganisationen, Behörden und Einrichtungen
- Koordinierung sicherheitsrelevanter Maßnahmen und Planungen der Stadt
- Bearbeitung von fachübergreifenden sicherheitspolitischen Fragestellungen
- Sicherheitsnetzwerk Graz
- Katastrophenschutzplan der Stadt Graz
- Angelegenheiten des Bezirkskoordinationsausschusses Graz im Rahmen der Umfassenden Landesverteidigung
- überregionale Einsatz- und Schutzpläne für den Bevölkerungsschutz

Anhand dieser zugewiesenen Kompetenzen ist deutlich erkennbar, dass ausschließlich das Sicherheitsmanagement der Stadt Graz dazu berufen sein kann, mit den Fragen eines Sicherheitskonzeptes und jenen eines Sicherheitskompetenzzentrums befasst zu werden. Gerade das Rathaus samt Amtshaus verfügt als besonders sensibles Objekt der Stadt Graz bei Weitem nicht über ein dem Stand der Technik entsprechendes Sicherheitssystem. Viele Bereiche haben nicht im personellen, wohl aber im organisatorisch-systemischen Bereich dringenden Verbesserungsbedarf wie etwa eine umfassende Sicherung der Amtsgebäude durch Alarmstreifen. Alleine das sind ausreichende Gründe, um eine Sicherheitszentrale im Rathaus selbst zu errichten.

Daher ergeht namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachstehender

**Dringlicher Antrag**  
gem. § 18 der GO f. d. Gemeinderat  
der Landeshauptstadt Graz

**Der Gemeinderat wolle beschließen:**

- 1. Der Gemeinderat erachtet das Referat „Sicherheitsmanagement und Bevölkerungsschutz“ als einzige kompetente Anlaufstelle für Fragen der Umsetzung**

eines umfassenden Sicherheitskonzeptes in der Stadt Graz. Die bereits vorhandenen Strukturen sind daher vorrangig zu nützen und nach Maßgabe zu stärken.

2. Aus den vorgenannten Gründen spricht sich der Gemeinderat dafür aus, dass entsprechende Planungen für die Errichtung einer Sicherheitszentrale im Rathaus vorgenommen werden sollen. Die Sicherheitszentrale ist organisatorisch in der Magistratsdirektion-Sicherheitsmanagement und Bevölkerungsschutz anzusiedeln.
3. Das Referat „Sicherheitsmanagement und Bevölkerungsschutz“ wird in einem ersten Schritt darum ersucht, ein taugliches Konzept für eine ausreichende Sicherung des Rathauses sowie weiterer sensibler Einrichtungen des Magistrates zu erarbeiten.
4. Der Gemeinderat der Stadt Graz spricht sich aus Gründen der Wirksamkeit und der Wirtschaftlichkeit gegen eine Errichtung von Parallelstrukturen auf Kosten der Steuerzahler aus. Von einer Auslagerung dieser Aufgabenbereiche an private Vereine wird Abstand genommen.